



Muster von [arbeitsrechte.de](https://www.arbeitsrechte.de)

Aufhebungsvertrag nach TVöD/im öffentlichen Dienst

Aufhebungsvertrag/Auflösungsvertrag

Zwischen [Name des Unternehmens],

vertreten durch Herrn/Frau

.....

Anschrift

.....

und dem Arbeitnehmer,

Herrn/Frau

.....

Anschrift

.....

wird der folgende Aufhebungsvertrag geschlossen:

§ 1 Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Beiden Vertragsparteien beenden hiermit das zwischen ihnen bestehende Arbeitsverhältnis vom zur Vermeidung einer andernfalls unvermeidbaren, vom Arbeitgeber zu veranlassenden ordentlichen Kündigung aus betrieblichen Gründen im gegenseitigen Einvernehmen zum

Dieses Austrittsdatum wahrt die Falle einer Kündigung einzuhaltende ordentliche Kündigungsfrist gemäß des TVÖD.

§ 2 Vergütung/Urlaubsanspruch/Freistellung

Die dem Arbeitnehmer nach der jeweiligen Vergütungsgruppe zustehende tarifvertragliche Vergütung in Höhe von Euro wird bis zur offiziellen Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiter gewährt. Andere vergütungsbedingte Ansprüche bestehen für [Urlaubsgeld, Reisekosten, etc.] in Höhe von insgesamt Euro und sind entsprechend auszuzahlen.

Der Arbeitgeber stellt den Arbeitnehmer ab dem bis zur endgültigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses widerruflich von der Arbeit frei.

Während der Zeit vom bis zum geschieht die Freistellung unwiderruflich. Jeglicher dem Arbeitnehmer zustehende Resturlaub in Höhe von Tagen wird während der Arbeitsfreistellung gewährt. Die aufgrund von Überstunden noch überschüssige Arbeitszeit von Stunden ist bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses über einen Freizeitausgleich zu kompensieren.

§ 3 Sonderzuwendungen

Aufgrund von wird von der Rückzahlung der Sonderzuwendung für [Anlass] abgesehen.

Die Sonderzuwendung ist

- nicht zu gewähren, weil kein tariflicher Anspruch darauf besteht.
- anteilig in Höhe von Euro zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt mit der Auszahlung der monatlichen Vergütung für [Monat]

§ 4 Übergangsgeld

- Übergangsgeld wird gemäß [Vorschrift] nicht gewährt.
- Der Zahlung von Übergangsgeld wird gemäß [Vorschrift] stattgegeben, weil Die Höhe des zu zahlenden Übergangsgeldes bemisst sich auf Euro (brutto).

§ 5 Abfindung

Dem Arbeitnehmer steht als Ausgleich für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses gemäß §§ 9 und 10 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG) eine einmalige Abfindung in Höhe von Euro (brutto) zu. Diese ist vom Arbeitgeber auszuführen.

- Der Betrag wird mit der Vergütungsauszahlung für [Monat] abgerechnet und an den Arbeitnehmer gezahlt.
- Der Betrag wird spätestens im Abrechnungsmonat nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abgerechnet und an den Arbeitnehmer ausgezahlt.

§ 6 Rückgabe jeglichen Firmeneigentums

Der Arbeitnehmer willigt ein, jegliche Gegenstände von [Unternehmen]
sowie alle Unterlagen, schriftliche Dokumente (inklusive Kopien, elektronischen Daten,
Passwörtern, etc.) und alle auf betrieblichen Angelegenheiten beruhenden persönlichen
Aufzeichnungen, vollständig und unverzüglich an den Arbeitgeber auszuhändigen.

- betrieblich genutzter Laptop [Informationen zur Marke, zum Modell, ggf. der
Seriennummer etc.]
- betrieblich genutztes Mobiltelefon [Informationen zur Marke, zum Modell, ggf. der
Seriennummer etc.]
- Firmenschlüssel, Schlüsselkarten oder ähnliche Gegenstände, um Zugang zum
Gelände/den Räumlichkeiten von [Unternehmen] zu erlangen
- ...

§ 7 Zeugnis/Arbeitsbescheinigung

- Der Arbeitgeber verpflichtet sich, dem Arbeitnehmer ein Arbeitszeugnis
auszuhändigen. Dieses soll auf den Beendigungszeitpunkt des Arbeitsverhältnisses
datiert sein und Informationen zur Art und Dauer der Tätigkeit sowie eine
Leistungsbeurteilung des Arbeitnehmers enthalten. Der Arbeitnehmer kann sich das
Recht vorbehalten, einen Entwurf zu überreichen. Von diesem darf der Arbeitgeber
dann nur aus außerordentlichem Grund abweichen.
- Der Arbeitgeber stellt dem Arbeitnehmer gemäß § 312 des dritten Sozialgesetzbuchs
(SGB III) eine Arbeitsbescheinigung aus, weil

§ 8 Pflicht zur Meldung bei der Agentur für Arbeit

Der Arbeitgeber weist den Arbeitnehmer darauf hin, dass dieser sich spätestens drei Monate
vor der offiziellen Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei der zuständigen Agentur für Arbeit
arbeitssuchend melden muss. Außerdem hat der Arbeitnehmer sich aus Eigeninitiative
heraus um eine neue Beschäftigung zu bemühen, damit beim Bezug von Arbeitslosengeld
keine Nachteile für diesen entstehen.

Beträgt der Zeitraum zwischen der Kenntnisnahme des Beendigungszeitpunkts und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses weniger als drei Monate, hat sich der Arbeitnehmer innerhalb von drei Tagen nach der Kenntnisnahme bei der Agentur für Arbeit zu melden.

Der Arbeitgeber weist den Arbeitnehmer weiterhin darauf hin, dass jegliche Auskünfte über mögliche Konsequenzen dieses Aufhebungsvertrags auf Sozialversicherungs- oder Steuerrechtsebene bei den jeweiligen Sozialversicherungsträgern (wie der Agentur für Arbeit) sowie dem Finanzamt einzuholen sind. Der Arbeitgeber hat hierzu keine Auskunft zu erteilen. Der Arbeitnehmer verzichtet demnach im Rahmen dieses Aufhebungsvertrags auf weitere Aufklärungen von Arbeitgeberseite.

§ 9 Verschwiegenheitspflicht gegenüber Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, über alle während der Betriebszugehörigkeit bekannt gewordenen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse absolutes Stillschweigen zu bewahren.

§ 10 Ausgleichsklausel

Der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer einigen sich einvernehmlich darüber, dass mit der Erfüllung dieses Vertrags keine weiteren Ansprüche des vorhergehenden Arbeitsverhältnisses gegen die andere Vertragspartei mehr bestehen.

§ 11 Salvatorische Klausel

Etwaige mündliche Absprachen außerhalb der in diesem Vertrag festgelegten Bestimmungen sind weder zulässig noch wirksam. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Aufhebungsvertrags unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht beeinträchtigt.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift Arbeitgeber

Unterschrift Arbeitnehmer